

5. Welcher Zeitpunkt ist für den Umrechnungskurs maßgebend, wenn durch buchmäßige Verrechnung eine deutsche Reichsmarkschuld gegen eine Forderung auf nordamerikanische Dollar aufgerechnet werden soll?

BGB. § 244 Abs. 2, §§ 388, 389, 391 Abs. 1 Satz 1.

VII. Zivilsenat. Urtr. v. 16. Mai 1941 i. S. M. (Bekl.) w.
G. U. R. UG. (Rl.). VII 1/41.

I. Landgericht Chemnitz.

II. Oberlandesgericht Dresden.

Der Kaufmann Arno R. betrieb in D. unter der Firma G. U. R. eine Handschuhfabrik. Er war im Jahre 1919 mit dem Beklagten, dem Kaufmann Richard M. in einem Orte der Vereinigten Staaten von Nordamerika, bekannt geworden, der ihm in der Folge mehrfach Geldmittel für seinen Geschäftsbetrieb zur Verfügung stellte. Im Herbst 1922 wandelte R. sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft, die Klägerin, um; an dem Aktienkapital war er selbst mit 55, der Beklagte mit 45 v. H. beteiligt. Am 3. Juli 1932 trat R. zwei ihm persönlich gegen den Beklagten zustehende Forderungen von 25 761,20 und 3600 nordamerikanischen Dollar an die Klägerin ab. Diese belastete das laufende Guthaben des Beklagten zu Ende 1932 mit dem Betrage der beiden Forderungen, die auf 123 317,04 RM. umgerechnet wurden, und brachte damit das für den Beklagten ausgewiesene Guthaben von 105 299,62 RM. zum Ausgleich. Der Beklagte widersprach dieser Verbuchung der abgetretenen Forderungen auf seinem laufenden Guthaben und ihrer Verrechnung; deshalb begehrt die Klägerin mit der Klage die Feststellung, daß sie ihm nichts mehr schulde. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Im Berufungsverfahren hat die Klägerin einen devisenrechtlichen Genehmigungsbescheid des Präsidenten des Landesfinanzamts D. vom 29. Februar 1936 vorgelegt, wonach „ausnahmsweise die Genehmigung zu der am 31. Dezember 1932 vorgenommenen Aufrechnung in Höhe von 105 299,62 RM. nachträglich erteilt“ wird. Das Oberlandesgericht hat mit dem angefochtenen Urteil das erste Erkenntnis abgeändert und der Klage stattgegeben. Die Revision des Beklagten führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

Die Revision meint, für den Auf- und Umrechnungssachverhalt sei das im Staate Pennsylvanien geltende Recht als das Recht des Erfullungsortes anzuwenden; es bestche kein Anhalt dafür, daß irgendein anderer Ort als Erfüllungsort anzusehen sei. Sie über-
sieht dabei, daß es für die Aufrechnung keine Rolle spielt, ob für

die beiden gegeneinander aufgerechneten Forderungen verschiedene Erfullungsorte bestehen (vgl. § 391 BGB., RGUrt. V 530/10 vom 31. Mai 1911 in JW. 1911 S. 711). Auch wenn daher für die eingangs genannten Forderungen der Klägerin der Wohnsitz des Beklagten in den Vereinigten Staaten Erfüllungsort gewesen sein sollte, so wurde dadurch die Befugnis der Gläubigerin (Klägerin) nicht berührt, ihre Dollarforderung gegen ihre Reichsmarkschuld aus Darlehen des Beklagten zu verrechnen, eine Befugnis, die der Vorderrichter im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung (§ 157 BGB.) als in den vertraglichen Beziehungen der Parteien begründet festgestellt hat. Damit waren die Voraussetzungen des § 244 Abs. 1 BGB. gegeben. Etwas anderes müßte freilich dann gelten, wenn davon auszugehen wäre, daß die gesamten Geschäftsbeziehungen der Parteien nach ausländischem Rechte zu beurteilen seien. Dafür liegt indessen nichts vor; auch die Revision macht das nicht geltend . . .

Konnte aber, wie für das Revisionsgericht bindend festgestellt ist, nach dem Vertragswillen der Parteien die Klägerin gegen Forderungen des Beklagten, die auf Reichsmark gerichtet waren, mit ihrer auf Dollar gerichteten Forderung gemäß § 244 Abs. 1 BGB. aufrechnen, so entfiel mit der Aufrechnung die Ungleichartigkeit des Forderungsgegenstandes; dann war insoweit die Forderung der Klägerin, auch wenn sie in Dollar ausgedrückt war, eine solche geworden, die in deutscher Währung bezahlt werden konnte. Auch die auf Ungleichartigkeit der Leistungen gestützte Klage der Revision scheitert also an den vom Landrichter getroffenen Feststellungen.

Die Revision meint weiter, eine Feststellung des Berufungsgerichts daruber fehle, von wem und wann die Aufrechnung erklärt worden sei. Deshalb sei von dem Vortrage des Beklagten auszugehen, wonach er erstmals durch den Brief des R. vom 13. September 1933 von der Aufrechnung erfahren habe. Eine wirksame Aufrechnungserklärung dem Beklagten gegenüber sei aber daruber hinaus erst durch die Mitteilung einer beglaubigten Abschrift der Genehmigungserklrung der Devisenbehorde, also erst im Rechtsstreit am 5. September 1940, abgegeben worden. Dieser Zeitpunkt sei, falls im übrigen eine wirksame Aufrechnung vorliege, für die Dollarbewertung bei der Umrechnung in deutsche Währung maßgebend.

Wie die Revision zu der Auffassung kommt, daß erst die Mitteilung einer beglaubigten Abschrift der Genehmigung der Devisen-

behörde zur Aufrechnung eine wirksame Aufrechnungserklärung zustandekommen lasse, ist nicht ersichtlich. Diese Auffassung ist falsch. Die Genehmigung der Devisenbehorde ist eine im öffentlichen Rechte wurzelnde, aber burgerlichrechtlich wirkende Voraussetzung zur Wirksamkeit der Aufrechnung, die sich durch Erklärung gegenüber dem anderen Teile vollzieht; aber diese Genehmigung ist kein Bestandteil der Aufrechnungserklärung (§ 388 BGB.) selbst. Auf welchem Wege und wann das Vorhandensein dieser Voraussetzung dem Erklrungsgegner mitgeteilt oder nachgewiesen wird, ist für die Wirksamkeit der Aufrechnung belanglos.

Doch ist an den Ausfuhungen der Revision richtig, daß der Vorberrichter das wesentliche Tatbestandsmerkmal der „Erklärung“ der Aufrechnung (§§ 388, 130 BGB.) außer acht gelassen hat. Er scheint von der rechtsirrigen Auffassung ausgegangen zu sein, daß es darauf nicht ankomme, daß vielmehr die buchmäßige Verrechnung entscheidend sei und genüge. Die Aufrechnung geschieht aber durch Abgabe der Erklärung an den Aufrechnungsgegner. Die Erklärung muß also diesem (oder seinem Bevollmächtigten) zugehen; daß sie formlos und auch durch schlüssige Handlungen abgegeben werden kann, ändert daran nichts. An Feststellungen hierüber fehlt es; insbesondere ist weder der Schriftwechsel noch der sonstige Vortrag der Parteien daraufhin vom Vorberrichter geprüft worden. Darauf aber kommt es an; denn der Revision ist weiter zuzugeben, daß — trotz der Bestimmung des § 389 BGB. — für den Fall der Verrechnungstugung einer in ausländischer Währung ausgedrückten Forderung in deutscher Währung (§ 244 Abs. 2 BGB.) als Zeitpunkt der „tatsächlich bewirkten Zahlung“ (RGZ. Bd. 101 S. 312 — BGH. —) der Zeitpunkt anzusehen ist, in dem die Aufrechnung erklärt (§§ 388, 130 BGB.) worden ist. Das ist vom Reichsgericht in RGZ. Bd. 106 S. 99 (100) in Anwendung der in RGZ. Bd. 101 S. 312 enthaltenen Grundsätze für den Fall des § 244 Abs. 2 BGB. ausdrücklich ausgesprochen worden. Daran ist insbesondere bestwegen festzuhalten, weil, wie bereits oben erwähnt, die nach § 387 BGB. erforderliche Gleichartigkeit der Leistung vom Gläubiger einer Fremdwährungsschuld überhaupt erst durch die Ausübung seiner Befugnis nach § 244 Abs. 1 BGB., an Stelle der Fremdwährung deutsche Währung zu fordern, mittels der Aufrechnungserklärung hergestellt wird. Im übrigen besagt § 389 BGB. nicht, daß die Aufrechnung selbst auf den dort bezeichneten

Zeitpunkt zurückverlegt werde. Der Grund für die in § 389 verfügte Wirkung liegt in der Vornahme des Geschafts (§§ 388, 130 BGB.), nicht in dem Gegenüberstehen gleichartiger fälliger Forderungen (RRKomm. z. BGB. Bem. 1 zu § 389). Aus der im § 389 verfügten Wirkung ist weiter dafür nichts zu entnehmen, zu welchem Umrechnungswert ausländische Wahrungsforderungen und -schulden getilgt werden. Dies bestimmt sich nach § 244 Abs. 2 BGB. gemaß den Grundsätzen, die vom Reichsgericht in RGZ. Bd. 101 S. 312 und dementsprechend für die Aufrechnung in RGZ. Bd. 106 S. 100 dargelegt sind. Daß hat der Vorderrichter übersehen, wenn er auf den deutschen Gegenwert für die Dollarforderung der Klägerin am 31. Dezember 1932 abstellt; ob er, wie die Revision meint, mangels einer Feststellung des Zeitpunkts, in dem die Aufrechnungserklärung dem Beklagten zugegangen ist (§§ 388, 130 BGB.), von dem deutschen Gegenwerte des Dollars am Tage des Zugehens des Briefes vom 13. September 1933 an den Beklagten hätte ausgehen müssen oder von einem anderen Zeitpunkte, wird Sache der weiter gebotenen Erortterung sein, zumal es noch der Aufklärung bedarf, ob der Brief vom 13. September 1933 von der Klägerin oder von K. selbst stammt.

Aus diesem Grunde muß das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an das Berufungsgericht zur weiteren Aufklärung über den Zeitpunkt, wann eine Aufrechnungserklärung der Klägerin dem Beklagten zugegangen ist, und zur dementsprechenden Berechnung der Umrechnungswerte zurückverwiesen werden. Diese Aufhebung muß sich auch deshalb auf das Urteil im ganzen erstrecken, weil sich die devisenrechtliche Genehmigung vom 29. Februar 1936 ihrem ausdrücklichen Wortlaute nach auf eine Aufrechnungstilgung der ausländischen Forderung (des Beklagten) in Höhe von 105 299,62 RM. bezieht und nicht ohne weiteres gesagt werden kann, daß sie die Tilgung dieser Forderung auch dann devisenrechtlich deckt, wenn durch Aufrechnung die ausländische Forderung nur in wesentlich geringerer Höhe getilgt worden ist.